Merkblatt

Schulbuchnachlässe im Rahmen der Lernmittelfreiheit in Hessen

Informationen für Buchhandel, Schulträger, Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer


1. Feste Ladenpreise für Schulbücher
Alle Schulbuchverlage müssen verbindliche Ladenpreise für Schulbücher festlegen. Das gilt auch für Musikalien, kartografische Produkte wie Atlanten und Wandkarten sowie für elektronische Verlagserzeugnisse, soweit sie überwiegend textorientiert sind. Alle Schulbücher haben feste Ladenpreise.

2. Preisnachlässe im Rahmen der Lernmittelfreiheit (LMF)
im Bundesland Hessen erhalten die Schulen eigene Budgets zur Schulbuchbeschaffung. Damit gilt ein allgemeiner Schulbuchrabatt von 12 %. Voraussetzung für die Gewährung des Nachlasses ist, dass Schulbücher beschafft werden und dass es sich um eine Sammelbestellung handelt.
Schulbücher im Sinne dieser Vereinbarung sind ausschließlich solche, die für den Unterricht zum Eigentum der öffentlichen Hand oder allgemein bildender Privatschulen, die den Status staatlicher Ersatzschulen besitzen, angeschafft werden (§ 7 Abs. 3 BuchPrG). Erforderlich ist, dass die öffentliche Hand die Bücher selbst kauft und unmittelbar Eigentum erwirbt.


Für Arbeitshefte, die von den Schülern letztendlich verbraucht werden, ist der Schulbuchnachlass ebenfalls zu gewähren, wenn die Schule oder der Schulträger diese ausschließlich mit Mitteln der öffentlichen Hand zu Eigentum beschafft und sie sodann unentgeltlich bzw. im Rahmen der Lernmittelfreiheit an die Schüler weitergibt. Sofern die Kosten der Arbeitshefte vollständig oder auch anteilig durch die Schüler bzw. Eltern getragen werden, darf kein Nachlass gewährt werden.

3. Sammelbestellungen

Nach Ablauf dieser Frist darf der Nachlass nur gewährt werden, wenn der konkrete Auftrag die Voraussetzungen für eine Sammelbestellung erfüllt.

4. Klassensätze und „Freixemplare“ (Lehrerhandstücke)

5. Lehrerprüfstücke

6. Schülerbüchereien
Bei der Beschaffung von Büchern für Schülerbüchereien kann ein Nachlass gewährt werden, und zwar in Höhe von bis zu 10 Prozent. Im Unterschied zu der oben beschriebenen Regelung handelt es sich hier allerdings um eine Kann-Bestimmung. Der Buchhändler ist nicht verpflichtet, einen Rabatt zu gewähren; die Höhe des Nachlasses bleibt innerhalb des gesetzten Rahmens Verhandlungssache.

7. Barcodeservice
Eine Untersuchung des Littera-Barcodesystems hat ergeben, dass für diesen Barcode-Service ein Preis von mindestens 6 Cent pro Etikett als realistisch veranschlagt werden muss. Die Kosten für das Aufbringen der Etiketten allein konnten bei Einsatz einer ungelernten Lagerkraft auf mindestens 1,5 Cent pro Etikett beziffert werden.
Das Landgericht Münster hat in einer Entscheidung vom 09.05.2012 bestätigt, dass die Kosten für Barcode-Services in vollem Umfang von der ausschreibenden Stelle getragen werden müssen.

8. Teilnahme an Verstößen gegen das Buchpreisbindungs-Gesetz
Ausschreibungen und Preisanfragen, die in Kenntnis der preisbindungsrechtlichen Vorgaben auf unzulässige Preissnachlässe abzielen, sind nach § 826 BGB sittenwidrig. Danach handeln öffentlich-rechtliche Auftragnehmer oder ihre Vertreter sittenwidrig, wenn sie ihre Vertragspartner unter Einsatz ihrer Autorität als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu Preisbindungsvorschlägen veranlassen, obwohl sie wissen, dass diese damit einen Verstoß gegenüber ihren gesetzlichen Verpflichtungen begehen. Öffentlich-rechtliche Auftragnehmer können daher als Störer auf Unterlassung und Schadenersatz in Anspruch genommen werden, wenn sie Buchhändler oder Verleger im Wissen um die Buchpreisbindung zu einem Verstoß gegen das BuchPrG veranlassen.

9. Keine Preisgarantie
Die Buchhandlungen sind gesetzlich verpflichtet, die von den einzelnen Verlagen festgesetzten Ladenpreise einzuhalten. Preisänderungen der Verlage müssen sie unverzüglich nachzuvollziehen. Die Buchhandlungen können also keine Garantie für angebotene Preise übernehmen.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an den Landesverband, Frankfurter Str. 1, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611/66 60-0, Fax: 0611/66 60 59. (Stand 6/2015)